

3. September 2004, Zürcher Oberländer

Text der Pressemitteilung

Mitgliederversammlung der SP Wetzikon vom 25. August 2004

SP. Einmal mehr war in der Sozialdemokratischen Partei Wetzikon das «Sparen» ein Schwerpunktthema. Franz Behrens blickte in seinen Ausführungen auch in die Vergangenheit zurück, und erklärt, dass seit er im Gemeinderat tätig ist, Sparen ein aktuelles Thema und nicht etwa der neusten Zeit vorbehalten ist. So wurden beispielsweise schon 1991 mit der Effizienzübung markante Einsparungen erzielt.

In den letzten vier bis fünf Jahren wurde die Einnahmenseite der Stadt Wetzikon aufs Schwerste belastet. So haben die Streichungen der Erbschaftssteuer und der Handänderungssteuer zu einem wesentlich tieferen Steueraufkommen geführt. Parallel dazu wurden die Steuersätze sukzessive gesenkt. Dies trotz des Wissens, dass die finanzielle Situation sich gesamthaft durch weniger Steuererträge verschlechtern wird. Das führte zu einem jährlichen Ertragsausfall von rund 10 Mio. Franken. Für die letzten fünf Jahre macht dies folglich rund 50 Mio. aus, die eingespart werden mussten.

Heute sind wir in einer Situation angelangt, in der eine verzweifelte Sparhysterie ausgebrochen ist. Deutlich zeigen dies die Leistungsabbau-Massnahmen, wie sie im ÜLA 1 (Überprüfung Leistungsangebot) formuliert wurden: Senkung der Personalkosten, Reduktion Winterdienst und Strassenunterhalt, Erhöhung diverser Gebühren, Reduktion des Unterhalts von Liegenschaften, Streichung und Kürzung der Beiträge an Vereine, Verzicht auf den Umweltbericht. Wie lang dauert es noch, bis auch das Ortsmuseum geschlossen und auf das Stadtfest verzichtet wird? Das Streichkonzert der ÜLA 1 geht so weit, dass der Gemeinderat sich am Kopf kratzt und nicht mehr weiss, was denn noch alles weggespart werden könnte. Unser Finanzvorstand zieht gar in Betracht, die Polizei abzuschaffen.

Wer heute nicht investiert, schadet der Zukunft

Im Finanzplan 2005 bis 2009 wurde das ursprüngliche Investitionsvolumen von 80 Mio. auf 20 Mio. gekürzt. Die Folgen davon sind markant und kommende Generationen werden damit vor kaum lösbare Probleme gestellt. Mit dem Verzicht auf werterhaltende Investitionen setzt ein schleichender Zerfall unserer Bau- und Sozioinfrastruktur ein. Das Strassensystem vergammelt, das Gemeindehaus verlottert. Andere Einrichtungen unserer Sozioinfrastruktur, wie beispielsweise die Badi Auslikon machen einen heruntergekommenen Eindruck: Obwohl die Eintrittspreise erhöht wurden, sind die sanitären Anlagen in einem desolaten Zustand und spotten dem Selbstverständnis einer Stadt, die sich als modern und zukunftsgerichtet ausgibt. Schlicht: es stinkt!

Dazu kommt, dass städtebaulich wichtige Projekte wie die Widum-Erschliessung und die Verkehrsberuhigung in Unterwetzikon nicht mehr angegangen werden.

Die SP ist gegen die Sparhysterie

Insgesamt sparen wir uns also zu Tode, nützen tut es aber wenig. Der Abbau von kommunalen Leistungen und die Investitionskürzungen bringen uns nicht mehr weiter. Machen wir uns nichts vor: das Leitbild des Gemeinderates ist längst Makulatur. Und ebenso geht es dem kürzlich veröffentlichten Finanzplan, denn schon sind neue Vorgaben des Kantons auf dem Tisch – der Steuerkraftausgleich wird künftig um 4 Mio. tiefer ausfallen als im Finanzplan prognostiziert.

Der Tatbeweis ist längst erbracht: die Rezepte der Vergangenheit der bürgerlichen Mehrheit haben nicht gegriffen! Die Begründung, die Steuern zu senken lautete in guten Zeiten: «Jetzt geht es uns ja gut» und in schlechten Zeiten: «Sonst können wir keine neuen potentiellen Steuerzahler anziehen».

Die SP Wetzikon setzt sich für einen höheren Steuerfuss ein

Die Steuerfussdiskussion ist bei den Bürgerlichen und dem Gewerbe alles andere als eine ökonomische, denn dann hätten sie in guten Zeiten für die mageren vorsorgen wollen. Nein, die Diskussion ist eine rein ideologische und führte in eine hohe Verschuldung und keine einzige juristische Person, die das Steuervolumen wirklich verbessern würde, hat sich in Wetzikon angesiedelt. Die Diskussion ist umso unverständlicher, als dass diejenigen, die am lautesten nach Steuersenkungen rufen, am wenigsten davon profitieren. Gewinnen würden sie, wenn die Stadt wieder investieren kann und damit das heimische Gewerbe berücksichtigen könnte.

Deshalb fordert die SP Wetzikon, dass der Steuerfuss auf 122% erhöht wird. Damit hätte Wetzikon nicht nur Anspruch auf Steuerkraftausgleich, sondern auch auf Steuerfussausgleich. Selbst wenn der Kanton mitbestimmen würde, kann es für Wetzikon kaum schlimmer werden als wie mit dem vom Gemeinderat beschlossenen Leistungsabbau. Für Gemeinden, die schon heute im Finanzausgleich sind, kommen beispielsweise die Abschaffung der Ortsmuseen und der Gemeindepolizei als Sparmöglichkeit absolut nicht in Betracht, in Wetzikon wird solches offen diskutiert!

Die Vorlagen der Gemeindeversammlung vom 20. September 2004

Grundstücksverkauf Schornägeln

Was soll zu dieser Dorfposse noch gesagt werden, was nicht längst gesagt wurde? Es erinnert sehr an eine weitere Posse: die mit der Kunsteisbahn. Es ist unglaublich, und mit Verlaub, es betrifft dieselben Gewerkekönige unserer Stadt, welche an der Gemeindeversammlung auch immer für die Steuersenkungen eintreten. Die LBW muss als Investitionsverhindererin bezeichnet werden. Wäre der Verkauf vor drei Jahren so getätigt worden, wie es der Gemeinderat vorgeschlagen hat, würden die Häuser längst schon stehen und die Gemeindeversammlung müsste sich nicht alle Jahre wieder mit der Sache auseinandersetzen. Auch das kostet!

Die SP empfiehlt, den Gemeinderat zum Verkauf des Grundstückes zu ermächtigen, mit der Einschränkung, es nicht an das in der LBW involvierte heimische Baugewerbe zu verkaufen.

Abschaffung der Gemeindegewerbesteuer

Deutlicher könnte es nicht sein: den Reichen werden mit der Abschaffung von Erbschafts- und Handänderungssteuer Steuergeschenke gemacht und die wenig Begüterten unserer Gesellschaft müssen Opfer bringen.

Die Gemeindegewerbesteuer werden in Ergänzung an die Leistungen von Bund und Kanton an AHV-

und IV-RentnerInnen ausgerichtet und sind eine freiwillige Leistung der Stadt Wetzikon. Damit nimmt Wetzikon das Subsidiaritätsprinzip wahr und stellt sich ihrer Verantwortung gegenüber finanzschwachen Menschen.

Maximal hundert Franken pro Monat beträgt der Zuschuss und soll dazu verhelfen, dass die RentnerInnen leicht über dem Existenzminimum leben können. Auf dem Buckel der Bedürftigen, die oft ein Leben lang hart für ihre AHV gearbeitet haben, sollen nun also Fr. 200'000.- gespart werden. Es ist beschämend, dass überhaupt daran gedacht wird, den Gemeindegzuschuss zu streichen, kollektiv soll die Stadt Wetzikon erröten, wird diese Streichung an der Gemeindeversammlung angenommen!

Die SP empfiehlt den StimmbürgerInnen den Antrag des Gemeinderates, die Gemeindegzuschüsse zu streichen, abzulehnen.